



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2021

Plenum

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Frank-Tilo Becher (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche sicherstellen

Eine verlässliche kindermedizinische Versorgung gehört zu einer funktionierenden Krankenhauslandschaft unverzichtbar dazu. Gerade in ländlichen Räumen müssen wir aber feststellen, dass eine hochwertige Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche nicht mehr in allen Regionen eine Selbstverständlichkeit darstellt. Klinikbetreiber beklagen immer häufiger, dass sich eine Kinderklinik wegen zu geringer Fallzahlen, eines hohen Personalaufwands und aufgrund des Refinanzierungssystems nach Fallpauschalen „nicht rechnet“.

Auch im ambulanten Bereich ist ein besorgniserregender Rückgang der Kinderarztpraxen und der Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beobachten. Ausreichender medizinischer Nachwuchs kommt, wenn er ausgebildet wird, nicht in der Versorgung an. Diese Entwicklungen führen zu langen Wartezeiten und einem wachsenden Druck auf die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche zunehmend verschlechtert und hier dringender Handlungsbedarf besteht, um den Mangel an Betten- bzw. Behandlungskapazitäten entgegenzuwirken.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, der Kinderrechtskonvention gerecht zu werden und den Anspruch auf ein „Höchstmaß“ an Gesundheit für Kinder und Jugendliche sowie den „Nikolausbeschluss“ des Bundesverfassungsgerichts vom 06.12.2005 zur Verwirklichung einer umfassenden Krankenversorgung umzusetzen. Dies muss insbesondere für Kinder und Jugendliche aus armen Familienverhältnissen und Flüchtlingskinder (z.B. Familienzusammenführung) gelten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und den fachbedingten Mehrbedarf in der stationären pädiatrischen Versorgung mit belastbaren Zahlen zu analysieren und besser zu berücksichtigen.
4. Der Landtag fordert die Hessischen Landesregierung auf, bei den aktuellen Bedarfsfestlegungen die stationäre pädiatrische Versorgung und die vernetzte Versorgung chronisch kranker Kinder und Jugendlicher in multiprofessionellen Zentren besonders zu beachten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen des ärztlichen und pflegerischen Personals in den Kinderkliniken zu verbessern und regelmäßig zu überprüfen. Die Nachwuchsbildung und Rekrutierung in der Kinderkrankenpflege muss intensiviert werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, konsequent Klinikinvestitionen, aber auch (begründete) Defizite aus der Krankenversorgung von Kindern und Jugendlichen zu übernehmen. Die Abführung von DRG-Erlösen der pädiatrischen Versorgung für Investitionen muss sanktioniert werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Versorgung für Kinder unter den Prämissen Bedarfsdeckung (Daseinsvorsorge), Rationalität (Evidenz) und Patientenwohl (inkl. Eltern- und Mitarbeiterwohl) sicherzustellen.

8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Hessischen Landesärztekammer für verstärkte Bemühungen zur Einhaltung der fachlichen und ethischen Normen in der stationären Versorgung (inkl. Qualitätssicherung) in der Pädiatrie einzusetzen.

Wiesbaden, 11. Mai 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel